

# LinksRutsch

## Zeitung der LINKEN im Kreis Unna

Ausgabe 1 / 2023

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



## Stoppt die Eskalation! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine!

### Umsetzung von Minsk II - Verhandlungen statt Panzer!

Jana Bornemann, Friedhelm Schaumann  
und Karl-Heinz Schimpf

Am 24. Februar 2022 hat Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die souveräne Ukraine begonnen. Seit einem Jahr sterben Hunderttausende Soldaten und Zivilisten in diesem grausamen Gemetzel. Die Infrastruktur des Landes wird zerstört und Millionen Menschen sind vor dem Krieg geflohen.

Auf dem Erfurter Parteitag 2022 hat DIE LINKE dazu beschlossen: „**Wir verteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands und die von Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste** und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen.“

Trotz der konsequenten Verurteilung des russischen Imperialismus sehen wir Linken auch all die negativen Entwicklungen, die zur Entwicklung dieser Situation beigetragen haben. Seit dem Regierungswechsel infolge der Ereignisse auf dem Maidan werden die Rechte der russischsprachigen Minderheit im Osten der Ukraine mit den Füßen getreten. Es haben sich bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in Donetzk und Luhansk entwickelt. Die Separatistengebiete wurden von der ukrainischen Armee und rechten Milizen angegriffen und bombardiert.

Mit den Verträgen von Minsk sollen diese Probleme durch ein weitgehendes Autonomiestatut aufgelöst werden. Minsk II wurde aber durch das ukrainische Parlament nicht umgesetzt. Deutschland und Frankreich als Vertragsstaaten haben keinen Druck auf die Ukraine ausgeübt, um das Problem zu lösen. Merkel hat im Dezember 2022 in einem Interview mit der Zeit angegeben, dass es

nur darum ging, Zeit zu gewinnen, um die Ukraine aufzurüsten.

### Wie eskaliert der Konflikt?

Die NATO, die EU und auch Deutschland liefern der Ukraine immer mehr und immer größere Waffensysteme. Es findet ein Abnutzungskrieg mit dem Ziel, Russland erheblich zu schwächen, statt. Das wäre gerechtfertigt, wenn der Rückzug der Russen damit erzwungen werden könnte. Aber Russland ist eine Atommacht.

Wir befinden uns auf einer schiefen Bahn: Mit der Lieferung von Raketenabwehr, Gepard-Panzer und Leopard-Panzer wird der Krieg immer mehr eskaliert. Nun werden Flugzeuge gefordert.

Mit Waffenlieferungen in diesem Umfang wird der Krieg verlängert. Es sind schon 200.000 Menschen in diesem Krieg gestorben.

### Welche Lösungen sind möglich?

Dazu führt der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, aus:

**Der Krieg wäre sofort beendet, wenn Putin seine Truppen aus den okkupierten ukrainischen Gebieten abzöge. Allerdings hilft der Glaube, dass dieses Ziel, dem Völkerrecht wieder Geltung zu verschaffen, militärisch erreicht werden kann, nicht weiter.**

*Immer neue, immer größere Waffenlieferungen führen deshalb nur zu einer Verlängerung des Krieges, der jetzt schon Hunderttausende Opfer und Verwundete gefordert und Millionen in die Flucht getrieben hat.*

*Wir brauchen sofort einen **Waffenstillstand**. Und so schwierig es auch sein mag - Europa muss eine Verhandlungsinitiative unter Einbeziehung der USA, China und Indiens starten, um Lösungen zu erreichen, die langfristig Frieden und Sicherheit in Europa garantieren.*

### Keine Waffenlieferungen, keine Aufrüstung

Die deutsche Regierung hat den Ukrainekrieg als willkommenen Anlass für eine beispiellose Aufrüstung unserer Armee genommen. Es wurden 100 Milliarden Euro neue Schulden beschlossen, um die Ausrüstung der Bundeswehr auszubauen. Zusätzlich sollen 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich in die Armee gesteckt werden.

Schon jetzt werden jährlich 50 Mrd. Euro für die Verteidigung ausgegeben. „Verteidigung“ heißt dabei Einsätze im Kosovo, in Afghanistan, in Mali, im Irak, vor der afrikanischen Küste oder in der Taiwanstraße vor China.

DIE LINKE ist gegen diese Aufrüstung. Wir stimmen dem „Sondervermögen“ für die Bundeswehr nicht zu.

DIE LINKE ist gegen Waffenexporte aus Deutschland. Auch die SPD und die Grünen haben vor der Bundestagswahl versprochen, keine Waffen mehr in Kriegs- und Krisengebiete zu exportieren. Alles nicht eingehaltene Wahlversprechen.

Wir haben uns auf dem letzten Parteitag grundsätzlich für **Sanktionen gegen Russland** ausgesprochen. „Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung richten. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.“

Die bisherigen Sanktionen führen zu

## 49 Euro Ticket und Investitionen in den Nahverkehr

Zum Beschluss des Bundeskabinetts für ein 49.- Ticket sagt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„Das 49-Euro-Ticket kann ein Einstieg sein in klimaschonende Mobilität für alle. Der Preis muss umgehend auf den im Bürgergeld vorgesehenen Be-



trag gesenkt und dann schrittweise zum kostenfreien Nahverkehr weiterentwickelt werden.

Aber: Wenn wir wollen, dass die Menschen mit Bus und Bahn fahren, müssen wir auch genug Busse und Bahnen zur Verfügung stellen. Die Investitionen in die Schiene müssen steigen, die Regionalisierungsmittel müssen verdoppelt werden.

Wenn die Busse und Bahnen fahren sollen, brauchen wir mehr Personal. Jemand muss die Busse und Züge steuern. Für die Busse brauchen wir einen Flächentarifvertrag, der den Dumpinglöhnen vieler Verkehrsunternehmen ein Ende setzt und den Beruf so attraktiv macht, wie er wichtig ist. Die Bahn muss eine Ausbildungsoffensive starten, die nur mit höheren Ausbildungskapazitäten leistbar ist.

Es ist richtig, dass die Bundesregierung die notwendige Reform der Ticketstruktur beginnt, aber muss sie sich auch gleichzeitig um Infrastruktur und mehr Personal zu kümmern.“

zunehmender Verarmung der Bevölkerung in Deutschland, ohne das Kriegsgeschehen nachhaltig zu beeinflussen. DIE LINKE kann daher die bestehenden Sanktionen nicht vorbehaltlos unterstützen.

### Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimbernstraße 5, 58239 Schwerte. Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie an [linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de](mailto:linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de).

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



**Gegen Krieg und Kriegsbeteiligung  
Keine Waffenlieferungen in  
Kriegsgebiete!**

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



# Haltung statt Spaltung

Von Peter Weyers

Mittlerweile leiden viele Menschen an irgendeiner Art von Überflutung. Die Leiden und Sorgen der Flutopfer an Ahr und Volme sind noch lange nicht ausgestanden; die übermäßige Nutzung von mobilen Endgeräten und sozialen Netzen sorgt für eine Reizüberflutung und der Konsum von Nachrichtensendungen führt zu einer Überflutung mit Kriegspropaganda.

Propaganda von allen Seiten. Nur was die Sprengung von Nordstream 2 angeht, ist es merkwürdig ruhig geworden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass „man“ nicht weiß, wer dahintersteckt. Ich glaube vielmehr, dass die Wahrheit große Teile der Bevölkerung in Aufruhr versetzen würde!

Aber nicht nur Kriegspropaganda verstopft uns die Ohren, auch die Berichtserstattung über das Bürgergeld erfolgt

propagandesk. So durfte Herr Achim Wendler vom BR in einem Tagesthemenkomentar behaupten, Arbeitnehmer, die 900 Euro brutto verdienen, würden mit Ihren Steuern Bezieher von Bürgergeld finanzieren, die 60.000 Euro Schonvermögen auf dem Konto hätten.

Diese Unwahrheit hatte er vorher schon auf Twitter verbreitet, wofür er wegen der Unsinnigkeit dieser Aussage harte Kritik einstecken musste.

Er hat seine Behauptung in seinem Tagesthemenkomentar noch einmal wiederholt, obwohl er wusste, dass sie nicht der Wahrheit entsprach. Welche Intention könnte dahinterstecken?

In der Mediathek ist sein Kommentar mittlerweile nicht mehr auffindbar...

„Der“ Wendler ist also nicht der einzige Wendler, den man nicht ernst nehmen sollte, Achim Wendler vom BR spal-

tet mit seinem Kommentar allerdings die Bevölkerung, indem er vorsätzlich Bezieher von Bürgergeld und Berufstätige mit einem geringen Verdienst gegeneinander ausspielt.

Ab dieser Ausgabe wird der „Links-Rutsch“ eine regelmäßige Kolumne zum Thema Bürgergeld enthalten. Dies halten wir für geboten, weil sich an der bisherigen unwürdigen Sanktionspraktik wenig bis nichts geändert hat und weil auch die Bürgergeldbescheide zum großen Teil fehlerhaft sind.

Der Partei „DIE LINKE“ sagt man nach, dass sie von Spaltung bedroht sei, weil es so viele unterschiedliche Strömungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der Partei gäbe. In der Friedenspolitik sind wir jedoch nicht gespalten, son-



dern haben die gleiche Haltung wie seit der Gründung unserer Partei.

## Keine Spaltung der Partei sondern klare Haltung!

### Wir stehen konsequent für

- das Verbot von Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsgebiete, damit ist auch die Ukraine gemeint
- die Vermeidung immer weiterer Eskalationsstufen
- die Bekämpfung von Fluchtursachen: Wer Panzer exportiert, wird mehr Geflüchtete aufnehmen müssen
- Abrüstung! Keine Erhöhung des Militäretats
- Die Waffen liefern die Reichen, die Armen liefern die Leichen!

## Die Reichen müssen für die Krisen zahlen!

# Ampelregierung versagt bei der Klimapolitik

Von Bernd Riexinger

Sprecher für nachhaltige Mobilität der LINKSFRAKTION

Trotz deutlichem Rückgang des Energieverbrauches hat Deutschland auch 2022 seine selbst gesteckten Klimaziele deutlich verfehlt. Ursachen sind die Reaktivierung von Kohlekraftwerken, Gebäude und der Verkehr. Laut dem Expertenrat wird Deutschland auch seine Klimaziele bis 2030 nicht einlösen.

Das ist auch kein Wunder, da die Ampelregierung zum weiteren Kohleabbau lieber das Dorf Lützerath abbaggern lässt und für den Ausbau einer Autobahn den Fechenheimer Wald bei Frankfurt abholzt. Als Nächstes steht die Genehmigung für den Ausbau der Autobahn A100 durch Berlin an. Aktivisten gehen zu Recht für eine klimagerechte Politik zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels auf die Barrikaden wie in Lützerath. Ich war bei den Protesten vor Ort dabei und unterstützte auf der Straße und im Parlament den Widerstand gegen diese verfehlt Klimapolitik der Ampelregierung.

Als Sprecher für nachhaltige Mobilität der LINKSFRAKTION im Bundestag setze ich mich insbesondere für eine klimagerechte Mobilitätswende ein. Hier müsste die Ampel ebenfalls deutlich aufs Tempo drücken. Aber nein, das FDP geführte Verkehrsministerium blockiert die eigenen Klimaziele der Bundesregierung.

## Für eine klimagerechte Mobilitätswende

Bei der Finanzierung des ÖPNV und des Regionalverkehrs wird weiter gekleckert, statt zu klotzen. Wenn die Grünen

das in ihrer übergroßen Loyalität zur Bundesregierung mitmachen, haben sie einmal mehr ihr Image einer Klimapartei widerlegt.

Es werden nun 1,5 Milliarden Euro in das 49-Euro-Ticket fließen. Das heißt künftig Deutschlandticket. Vermutlich



soll später nicht bemerkt werden, dass die 49 Euro nur der Einstiegspreis sind. Wird kein Geld nachgeschossen, sind Preiserhöhungen ab 2024 schon jetzt programmiert.

Für einen massenhaften Umstieg vom Auto in Busse und Bahnen ist das 49-Euro-Ticket zu weit vom 9-Euro-Ticket weg. Dass die SPD nicht mehr darum gekämpft hat, ein deutschlandweites Sozialticket durchzusetzen, ist nicht nur ein kleiner Geburtsfehler. Und würde es nicht eine ganze Generation an den ÖPNV und die Bahn heranzuführen, würde man einen Nulltarif für Schüler, Azubis und Studierende dazu legen? Die Kosten wären nichts gegen das, was wir bezahlen müssen, wenn wir die Klimaziele nicht realisieren.

Es ist höchste Zeit für eine nachhaltige Mobilitätswende. Für eine Mobilitätsgarantie, ohne ein Auto besitzen zu müssen.

**Höchste Zeit für eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung. Wenn Sie so weitermachen, Herr Wissing, sitzen Sie auf dem falschen Stuhl.**

ÖPNV ausbauen und kostenlos machen!

www.linke-verkehrswende.de

**DIE LINKE.**



# Mitglieder der LINKEN aus dem Kreis Unna bei der Demo in Lützerath

Am 14. Januar haben Parteimitglieder der Linken im KV Unna an einer Demo in Lützerath, dem widerständigen Dorf teilgenommen. Wir waren auf der Demonstration gegen den Abbau der Braunkohle unter Lützerath. Das Dorf wurde seit mehr als 2 Jahren von Klimaaktivisten besetzt. Es waren ca. 15.000 Demonstranten erschienen (Gefühl die größte Demo in den letzten 10-15 Jahren!) und die langen Kolonnen der Demonstranten erinnerten uns an die „Friedensdemonstrationen“ Mitte der 80er-Jahre.

Es war keine einzige Fahne der Grünen zu bemerken! Ein Redner auf der Kundgebung fand das auch unter dem Jubel der

Menge für völlig in Ordnung. Hat das Verhalten der Grünen bei vielen Demonstranten eine Desillusionierung verursacht in puncto Grüne? Es scheint so, dass die Loyalität vieler Klimaaktivisten zu den Grünen ins Wanken geraten ist!

Es war kalt, sehr windig, regnerisch, entsetzlich schlammig, ganz viel Polizei, nasse Füße und „janz viel Jejend“! Trotzdem bereuen wir keine Minute!

Wir sind durch Keyenberg marschiert, in dem Ort ist jedes zweite/dritte Haus leer gezogen. Jede Menge Wohnraum steht dort leer! Eigentlich ein Geisterdorf, das mehrheitlich der RWE gehört oder aufgekauft worden ist. Die Häuser verfal-

len. Die RWE hat inzwischen in mehreren Dörfern begonnen, in den Gärten die Bäume zu fällen, um die Dörfer unbewohnbar zu machen. Auch die Dächer und Außenfassaden sind an vielen Gebäuden angegriffen, weil niemand mehr repariert oder instand setzt. Eine große Verschwendung von Wohnraum!

In der veröffentlichten Meinung stand die Klopperei zwischen Polizei und Demonstranten im Vordergrund. Dort, wo wir waren, war von solchen „Ausschreitungen“ nichts zu sehen – und man konnte weit sehen! Das soll nicht heißen, dass sie nicht stattgefunden haben. Aber auffällig war schon, dass nach ein paar Ta-



gen der Schwerpunkt der Berichterstattung auf die Kloppereien gerichtet wurde. Das eigentliche Anliegen, der Klimaschutz und die umweltschädliche Verbrennung von immer mehr Braunkohle wurde kaum mehr thematisiert.



## Beschluss der Bundestagsfraktion

# Solidarität mit den Protesten in Lützerath

Die Fraktion DIE LINKE solidarisiert sich mit den Protesten in Lützerath und fordert das sofortige Ende des Polizeieinsatzes.

Rund um den Ort Lützerath liegen Hunderte Millionen Tonnen Braunkohle, die der Energiekonzern RWE abbaggern und zur Stromerzeugung verfeuern will. Die dabei freigesetzten Mengen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> (schätzungsweise: 280 Millionen Tonnen) sprengen das Budget, das Deutschland noch freisetzen dürfte, um die selbst gesetzten Klimaziele und die Vereinbarungen des Pariser Abkommens noch einzuhalten.

Klimaschutz ernst nehmen!

Die Interessen der Aktionär:innen von RWE scheinen der schwarz-grünen Landesregierung und Bundeswirtschaftsminister Habeck wichtiger zu sein als wirksamer Klimaschutz, auf den wir alle angewiesen sind, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

Dabei berufen sich Landes- und Bundesregierung auf ein Gutachten, das im Interesse von RWE erstellt wurde und ignorieren den überwiegenden wissenschaftlichen Konsens, nach dem das Abbaggern der Braunkohle unter Lützerath weder zur Energieversorgung notwendig noch klimapolitisch vertretbar ist.

Gerade für junge Menschen, die den Protest maßgeblich gestalten, organisieren und durchführen, ist das Vorgehen der schwarz-grünen Landesregierung und das dröhnende Schweigen der SPD sowie der Grünen auf Bundesebene ein weiteres Zeichen dafür, dass ihre Interessen und ihr Kampf ignoriert werden. Mehr noch: die Aktivist:innen werden kriminalisiert und der Protest teils mit Gewalt unterdrückt.

### Linksfraktion: Moratorium für den Braunkohleabbau

Junge Menschen sehen wie so oft, dass die Interessen der Konzerne mehr wiegen als ihre Zukunft. Auch gegen ältere Aktivist:innen, die sich explizit deeskalierend verhielten, wurde zum Teil mit erheblicher Brutalität vorgegangen.

Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, ein Moratorium für die Erweiterung des Braunkohleabbaus zu verhängen, um entsprechend Artikel 20a des Grundgesetzes die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Von der NRW-Landesregierung fordern wir, den massiven Polizeieinsatz zu

beenden und Gewalt gegen friedliche Klimaaktivist:innen zu unterlassen.

Die Kosten dieses überdimensionierten Polizeieinsatzes müssen transparent gemacht und die von unseren parlamentarischen Beobachter:innen festgestellten Verstöße gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie gegen das Grundrecht auf Pressefreiheit aufgeklärt



werden.

Die Fraktion DIE LINKE stellt fest: Energieversorgung ist ein so zentraler Bereich der Daseinsvorsorge, dass man ihn nicht dem freien Markt von privaten Konzernen überlassen darf. Energieriesen wie RWE haben zu viel Macht. Wir brauchen saubere und vor allem preiswerte Energie. Deswegen sollte die Energieversorgung vergesellschaftet werden.





# Kreistag lehnt 49€-Schülerticket ab

Von Karl-Heinz Schimpf

Es war wie ein Sommermärchen: Das 9-Euro-Ticket wurde von Millionen Bürger:innen benutzt, um den Öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen und den privaten Pkw stehen zu lassen. Das Ticket wurde von den Bürger:innen angenommen und als Teil einer Verkehrswende akzeptiert.

Ungewollt hat die Bundesregierung damit einen wichtigen Beweis geliefert: Die Nutzung des ÖPNV ist preisabhängig. Natürlich ist der Preis nicht alles. Der ÖPNV müsste deutlich verbessert werden. Die Strecken müssen ausgebaut, der Takt verdichtet und die Kapazität erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielfach an regelmäßigen Verbindungen in den Orten und Ortsteilen.

Das Experiment lief nach 3 Monaten aus. Das Nachfolgemodell, ein 49-Euro-Ticket, ist zu teuer. In die Infrastruktur wird nicht deutlich investiert. Die Verkehrswende bleibt (zugunsten der Automobilkonzerne) stecken.

Allerdings ist auch ein bundesweit gültiges Ticket für 49 Euro ein (kleiner) Schritt in die richtige Richtung.

Schülerticket und Verkehrswende

Der Kreis Unna hat (im Vergleich zu Land und Bund) wenig Möglichkeiten, die Verkehrswende zu fördern. Die VKU als kreiseigene Verkehrsgesellschaft ist stark von der Landes- und Kommunalfinanzierung abhängig. Hier sind nur kleine Verbesserungen möglich. Der Kreis finanziert als Pflichtaufgabe die Schülerfahrkosten der kreiseigenen Berufs- und Förderschulen.

Bisher erhalten die berechtigten Schüler:innen das „Westfalenticket“ für 12 Euro im Monat. Das Ticket ermöglicht Fahrten zwischen Bielefeld, Münster, Dortmund und Siegen. Schüler:innen, die nahe an der Schule wohnen, können das Ticket für 33 Euro kaufen. Der Kreis Unna bezuschusst diese Schülertickets mit über 60 Euro/Monat, also mit mehr als die geplanten 49 Euro/Monat.

49-Euro-Ticket für die Schüler:innen kostenfrei

Die Fraktion DIE LINKE-UWG im Kreistag Unna hat daher einen Vorschlag initiiert, den berechtigten Schüler:innen das bundesweit gültige 49-Euro-Ticket kostenlos zur Verfügung zu stellen und den

nichtberechtigten Schüler:innen für 9 Euro im Monat zu geben.

Um die Generation der jungen Erwachsenen zur Nutzung des ÖPNV zu animieren, halten wir die aufgezeigte Übernahme der Ticket-Kosten für die Schüler:innen für ein geeignetes und sehr effizientes Mittel. Unsere Schüler:innen bieten sich dafür besonders an, einen Einstieg in die allseits geforderte Verkehrswende zu erreichen.

Leider hat der Kreistag diesen Antrag DER LINKEN-UWG „mehrheitlich nicht beschlossen“. Auch die Grünen im Kreistag

## Deutschlandticket zu teuer

Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

„Unsere Forschungen haben ergeben, dass 29 Euro für einen Monat ein Preis wäre, bei dem die allermeisten Verkäufe zu erwarten wären. Jedenfalls sind 49 Euro zu teuer, um wirklich einen großen Durchbruch zu schaffen.“

und die SPD konnten sich diesem Schritt zu einer Verkehrswende, die den Kreishalt gar nicht finanziell belastet hätte, nicht anschließen.



# „Aussitzen“ ist für die Altschulden keine Option!

Wolfgang Freye  
Fraktion DIE LINKE im RVR

**Die Dringlichkeit einer „Nordrhein-Westfalen-Kasse“ für die kommunalen Altschulden wächst rasant.**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) teilt die Auffassung der Autoren des „Kommunalfinanzberichts Ruhr 2022“, dass eine Altschuldenlösung für die Kommunen im Ruhrgebiet immer dringender wird.

Nach dem gestern vorgelegten jährlichen Bericht haben die Kommunen im Ruhrgebiet 2022 zwar mit einem Überschuss in Höhe von 376 Mio. Euro abgeschlossen. Bei einem genaueren Blick auf die Zahlen und die einzelnen Kommunen im Verbandsgebiet wird aber deutlich, dass sich die finanzielle Lage der

Kommunen weiter zuspitzt. Die Möglichkeiten für Investitionen aus eigener Kraft verschlechtern sich, die Risiken für eine weitere Überschuldung von Kommunen wachsen.

Finanzprobleme der Kommunen ungeklärt

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Das ist kein Wunder, denn die grundlegenden Probleme sind nach wie vor nicht gelöst. Selbst wenn die Kommunen in der Lage wären, die Ablösung der noch bestehenden Liquiditätskredite in Höhe von 12,6 Mrd. Euro aus eigener Kraft fortzusetzen, bräuchten sie noch 24 Jahre. Da die Zinsen deutlich steigen, können sie den Abbau von Altschulden jedoch nicht mehr lange fortsetzen. Investitionen aus eigener Kraft sind

bei der gegenwärtigen Finanzlage kaum noch zu stemmen. Der Investitionsrückstand der ganzen Region gegenüber anderen wird wieder wachsen!“

Altschuldenfond für NRW dringend notwendig

Die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund und die verschiedenen Entlastungs- und Kreditpakete zum Abmildern der Coronalasten haben zwar einige Entlastung für die Kommunen gebracht, aber das Problem der aufgelaufenen Schulden nicht gelöst. Hier hat das Ruhrgebiet nach wie vor die höchsten Altschulden in der Bundesrepublik. Im Vergleich zu 2020 fiel die Tilgung der Altschulden bereits um 339 Mio. Euro geringer aus. Gleichzeitig sind die Nettoausgaben für soziale Transferleistungen trotz der Entlastung durch den Bund überdurchschnittlich gestiegen. Im Durchschnitt zu den westdeutschen Flächenländern haben die Ruhrgebietsstädte hierfür 281 Euro je Einwohner mehr ausgegeben, was einer Mehrbelastung von 1,43 Mrd. Euro entspricht.

Wolfgang Freye weiter: „Die Landesregierung muss endlich handeln und nicht weiter mit dem Bund Ping-Pong spielen um die Frage einer kommunalen Altschuldenlösung. Eine bundesweite Altschuldenregelung ist ohne den Bundesrat nicht möglich, Bayern und Baden-Württemberg waren dazu bisher nicht bereit und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich das ändern wird. Hessen hat deshalb schon lange eine ‚Hessen-Kasse‘ zur Übernahme der kommunalen Altschulden gegrün-

det, das Saarland und zuletzt Rheinland-Pfalz haben ebenfalls eigenständige Lösungen beschlossen.

Nur NRW überlässt die Kommunen ihrem Schicksal. So wird es nichts mit den Aussagen im schwarz-grünen „Zukunftsvertrag NRW“ zur „Chancengerechtigkeit im Bildungsland NRW“, zum Kampf gegen die Folgen des Klimawandels oder der Wahrung des sozialen Zusammenhalts! Sollten bis zur Aufstellung der kommunalen Haushalte für das Jahr 2024 keine Vorschläge für eine ‚Nordrhein-Westfalen-Kasse‘ vorliegen, werden u. a. die steigenden Zinsen für Kredite, der rasante Anstieg der Bau- und Energiekosten dazu führen, dass dringende Neuinvestitionen in die soziale Infrastruktur im Ruhrgebiet wieder geschoben oder gestrichen werden.“



**Städte und Gemeinden ausreichend finanzieren!**

**Wann, wenn nicht jetzt?**

**DIE LINKE KREIS UNNA  
Kommunalwahlprogramm 2020**

Die Kommunen brauchen einen **Altschuldenfonds**: Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen, damit überschuldete Kommunen ihre Schulden abbezahlen können.



# Der Kreistag und unsere Kreistagsfraktion



Mein Name ist Katja Wohlgemuth und ich sitze im Kreistag. Aber was ist das „der Kreis“ und was ist „der Kreistag“? Die meisten Menschen kennen ihr Rathaus, das Kreishaus ist da schon weniger bekannt. Klar ist, wer ein Auto hat, der muss zuweilen dorthin, um ein Auto anzumelden oder abzumelden. Das ist an zwei Stellen im Kreis Unna möglich und wer das immer in Lünnen erledigt, kennt vielleicht noch nicht einmal das Kreishaus, ein Bau mit vielen Stockwerken und ohne besondere bauliche Schönheit. Hier wird der Kreis verwaltet und hier tagen auch die Ausschüsse, die dann im Kreistag darüber entscheiden, wie die Aufgaben eines Kreises erledigt werden. Und das sind viel mehr Aufgaben, als auch ich vor meiner Wahl gedacht habe. Die Lebensmittelkontrolle, Schutz des Tierwohls, die Abfallbeseitigung, aber auch Wohnungsbau, Suchthilfe, Schulaufsicht...

Diese aufgezählten Beispiele zeigen, der Kreis hat mehr Aufgaben, als wir im Alltag denken. Darum wollen wir in unserer Zeitung nach und nach diese Aufga-

ben vorstellen und auch die Haltung unserer Fraktion DieLinke-UWG Selm zur Art, wie sie gelöst werden.

## Die Finanzen des Kreises Unna

Zum Einstieg kann man festhalten: Die Erledigung dieser Aufgaben kostet Geld. Woher kommt dieses Geld und wie viel steht dem Kreis dafür zur Verfügung?



Wie der Netzseite des Kreises Unna zu entnehmen ist, hatte sich die Finanzsituation des Kreises Unna in den Vorjahren kontinuierlich entspannt. Weniger Arbeitslose, weniger Beziehende von SGB II seien hier genannt. Der Kreis konnte Rücklagen bilden.

Das hat sich nun geändert. Dazu muss



man wissen: Woher kommt das Geld? Dieses Geld müssen vor allem die Kommunen aufbringen. Der Kreis bekommt zwar auch Zuwendungen vom Land, ohne die sogenannte „Kreisumlage“ aber könnte er nicht wirtschaften. Dieser „Hebesatz“ ist nun erstmals seit 2015 wieder leicht gestiegen auf 35,69. Die Kommunen bringen also 268.603.284 € auf, was eine Steigerung von ca. 10 % bedeutet. Hier wird deutlich, warum wir als Die Linke immer wieder fordern, die Kommunen durch Land und Bund mit mehr Geld auszustatten, denn auch im Kreis gibt es immer wieder Kommunen, die in tiefe Schulden geraten. Und mit ihnen dann auch

der Kreis. Noch müssen nicht alle Rücklagen aufgebraucht werden, sie werden aber schon angeknabbert.

Und die Belastungen wachsen: Mit Beginn der Pandemie sind die finanziellen Ausgaben deutlich gestiegen. Die Klimakatastrophen geschehen auch im Kreis, der Krieg mit Tausenden Geflüchteten und daneben immer noch die Nachwirkungen von Corona, all das kostet Geld. Unsere Hauptforderung als Linke bleibt darum: Ein Schuldenschnitt für die Kommunen - damit wir alle besser leben können!

Bis zum nächsten Mal!  
Ihre Katja Wohlgemuth



**Ergreif Partei.  
Werde Mitglied.**

## Notizen aus dem Kreis: Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (FSOS)

# Katastrophen – wer muss helfen im Fall der Fälle?

Von Katja Wohlgemuth

Der Kreis Unna hat schon einige Katastrophen erlebt, zuletzt die Überflutungen ganzer Stadtteile im Sommer 2021. Grund genug, sich als Mitglied des Ausschusses für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (FSOS) zu fragen, wie der Katastrophenschutz hier organisiert ist.

Vorweg eine Klärung der Zuständigkeiten: Der Bund ist für den Zivilschutz verantwortlich, soll also die Bevölkerung vor den Folgen eines Krieges schützen. Für Katastrophen hingegen sind die Länder zuständig, hier bei uns das Land NRW, das z. B. für das Einlagern von Brennstoff für den Ernstfall verantwortlich zeichnet. Das Land wiederum beauftragt die Kreise und die kreisfreien Städte mit dem Schutz der Bevölkerung vor Ort. Auch der Kreis Unna hat also einen Fachbereich Bevölkerungsschutz, der nicht nur bei Katastrophen tätig wird, sondern auch den gesamten Rettungsdienst betreibt. Jeder kennt die Nummer 112, die nicht nur bei Feuer, sondern viel häufiger auch bei einem medizinischen Notfall angewählt wird und die auch im Falle einer Katastro-



phie die zuständigen Helfenden erreicht. Organisiert wird das alles über eine Leitstelle der Feuerwehr in Unna, die stets besetzt sein muss.

## Wie gut ist nun unser Schutz im Kreis aufgestellt?

Man muss wissen, dass viele Bereiche der notwendigen Hilfe durch ehrenamtliche Helfer\*innen geleistet wird. Ohne sie, das steht fest, wäre es um unsere Sicherheit sehr schlecht bestellt. Das Hochwasserereignis vom Sommer 2021 hat gezeigt, dass die große Einsatzbereitschaft aller, auch natürlich der Hauptamtlichen, einen guten Umgang mit der Situation er-

möglicht hat. Dennoch sind auch Schwächen zutage getreten, teils technischer Natur, da war etwa eine Einheit von der Kommunikation abgeschnitten, teils aber auch organisatorischer Natur. Dies ergaben Gespräche auf der Veranstaltung zur Ehrung der Einsatzkräfte, an der auch die Kreistagsfraktion DieLinke/UWG teilnahm.

Die Koordination eines solchen Hilfeinsatzes ist anspruchsvoll und muss ge-



übt werden. Es nahmen nicht nur Feuerwehren verschiedener Städte, sondern auch Kräfte des THW (Technisches Hilfswerk), der Hilfsorganisationen wie DRK, Johanniter, Arbeiter-Samariter-Bund und andere an der Hilfe teil. Auch der Kreis selbst hatte Vertreter vor Ort.

Die Größe einer solchen Aufgabe macht deutlich, dass es wichtig ist, eine Einsatzstruktur zu schaffen und dann die Umsetzung auch zu üben.

Das beginnt bei der Warnung der Be-



völkerung, die noch nicht überall im Kreis so gut organisiert ist wie z.B. in Bergkamen, wo jeder Ortsteil mit Sirenen erreicht wird. Das geht weiter mit der Umsetzung in den Kommunen, die nun ebenfalls einen Krisenstab einrichten müssen. Und es endet mit personellen Fragen, den Pläne nützen nichts, ohne die Menschen, die sie umsetzen.

Der Kreistag hat, auch mit unseren Stimmen, eine neue Planung für den Katastrophenschutz auf den Weg gebracht. Im letzten Jahr wurden dazu verschiedene Szenarien durchgespielt, etwa ein Stromausfall oder der Austritt von gefährlichen Chemikalien, um so Schwächen des Katastrophenschutzes zu ermitteln. Was dabei herausgekommen ist und welche Konsequenzen der Kreis daraus ziehen muss, wird sich nun zeigen. Wir, die Fraktion Linke/UWG im Kreistag, werden ein Auge darauf haben, denn infolge des Klimawandels wird Katastrophenschutz für uns alle immer wichtiger.



Baulückenkataster für Bergkamen

## Ein Werkzeug für die Kommune...

Fraktion DIE LINKE.

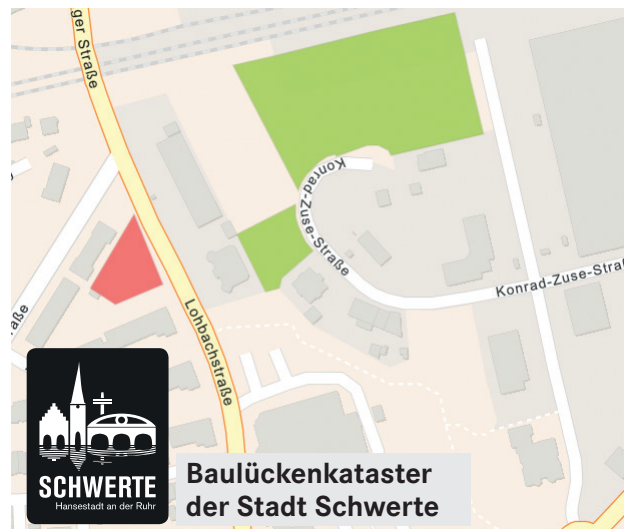
im Rat der Stadt Bergkamen

...so sehen wir ein Baulückenkataster, welches wir bereits im vergangenen Jahr der Stadt Bergkamen im Rahmen der Herausforderungen der aktuellen und künftigen Stadtentwicklung an die Hand geben und in den Werkzeugkoffer legen wollten.

Nicht nur in anderen kreisangehörigen Kommunen wird dieses Werkzeug bereits erfolgreich genutzt, sondern auch in umliegenden kreisfreien Städten, wie beispielsweise in Dortmund. Entsprechend optimistisch waren wir, als wir unseren Antrag zunächst im Ausschuss für Bauen und Verkehr am 06.12.2022 vorstellten. Jedoch kam die Ernüchterung recht zügig, als die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Fraktionen einem Baulückenkataster nicht nur die Notwendigkeit abgesprochen haben, sondern auch ihre Ablehnung formulierten. Nicht nur in dem Ausschuss, sondern auch in der Ratssitzung am 08.12.2022. Wir vermuten, dass unser Antrag und unser Anliegen missver-

standen wurden.

Mit der Einführung eines Baulückenkatasters wollen wir nicht möglichst alle Baulücken schließen und/oder weiter Flächen versiegeln. Unsere Idee ist es, der Stadt Bergkamen ein wichtiges Werkzeug



in den besagten Werkzeugkoffer zu legen, welches zur Erleichterung von Entscheidungen im Bereich der Stadtentwicklung entsprechend genutzt werden kann. Und wer dieses Werkzeug in seinem Werkzeugkoffer hat, davon sind wir fest überzeugt, ist auch langfristig im Bereich der Stadtentwicklung, mit Blick auf die bundes- und landespolitischen Vorgaben nicht nur besser aufgestellt sondern auch handlungsfähiger.

Die bundes- und landespolitischen Vorgaben sehen vor, den Flächenverbrauch sukzessive zu reduzieren und bis 2050 einen Verbrauch von Netto-Null im Sinne einer

# DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Bergkamen

Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Durch Klimaschutzkonzepte, das auch in der Stadt Bergkamen beschlossen wurde und vorliegt, gehört der flächenschonende Umgang mit Freiraum und die Berücksichtigung von klimarelevanten Anpassungsmaßnahmen zu einer vorausschauenden und nachhaltigen Stadtplanung. Ein Baulückenkataster kann hier - unter Beachtung von Klimaanalysen und Strategien, die von Politik und Verwaltung angestrebte Innenentwicklung fördern und dazu beitragen, Flächenneuersiegelungen einzusparen.

Dies haben wir - um der erneuten Beratung im Ausschuss für Bauen und Verkehr am 14.02.2023 bereits proaktiv vorzugreifen - den anderen Fraktionen im Vorfeld mitgeteilt und hoffen nun, dass die Notwendigkeit erkannt wurde und der Stadt Bergkamen dieses wichtige Werkzeug zur Verfügung gestellt werden kann.

## Schulden der Kommunen im Kreis Unna über 1 Milliarde Euro

Von Karl-Heinz Schimpf

Der Kreis Unna besteht aus 10 Städten und Gemeinden. Diese Kommunen haben in den letzten Jahren eine erhebliche Schuldenlast angehäuft. Für das Jahr 2021 summieren sich diese Schulden auf 1,43 Mrd. Euro. Pro Kopf sind das im Kreis 3.650 Euro.

**Viele Kommunen haben in den letzten Jahren wichtige Teile der kommunalen Infrastruktur abgebaut und so die Lebensbedingungen der Bürger deutlich verschlechtert.**

In Schwerte wurde das Allwetterbad geschlossen (und abgerissen), es wurden Spielplätze und Jugendzentren geschlossen. Zuschüsse für Kultur und Weiterbildung (Volkshochschule, Musikschule, Bibliothek) wurden eingefroren oder gekürzt. Das alles ändert aber nichts daran, dass die Verschuldung weiter wächst.

### Ursache der Verschuldung

Die Ursache für diese Entwicklung ist nicht die Verschwendung der öffentlichen Gelder, sondern die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen.

Der Kämmerer der Stadt Fröndenberg, Heinz-Günter Freck, sagt dazu, dass es notwendig wäre, „die Ursachen zu beseitigen, die für die Verschuldung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ... zu beseitigen.“ Es brauche „eine auskömmliche Finanzierung der auf die Kommunen übertragenen Aufgaben und eine Rückkehr zu der ursprünglichen Finanzierungsbeteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes.“



Der Anteil der Kommunen habe früher „28 Prozent betragen und sei nunmehr schon seit vielen Jahren auf 23 Prozent abgesenkt worden.“ (RN 2.12.2022)

Durch eigene Anstrengungen können die Kommunen ihr Schuldenproblem nicht lösen. Bund und Land müssen die strukturellen Probleme beseitigen.

### Die Lösung: Schuldenschnitt durch Altschuldenfond

Im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2022 forderte DIE LINKE

- den kommunalen Anteil am Steueraufkommen des Landes in Richtung 28 Prozent erhöhen,
- Bund und Land müssen zusätzliche Aufgaben für die Kommunen vollständig erstatten,
- Einen Entschuldungsfonds des Landes zur Übernahme kommunaler Altschulden schaffen.

## Die Hürden linker (Kommunal-) Politik

Von Oliver Schröder

Die Partei DIE LINKE. befindet sich in der öffentlichen Wahrnehmung seit Jahren auf einem absteigenden Ast. Insbesondere seit dem knappen Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 2021, als dies nur durch die drei Direktmandate von Gesine Loetzsch (Berlin-Lichtenberg), Gregor Gysi (Berlin-Treptow-Köpenick) und Sören Pellmann (Leipzig II) gelang. Es folgten weitere bittere Wahlniederlagen im Saarland (27.03.2022, 2,6%), in Schleswig-Holstein (08.05.2022, 1,7%), in Niedersachsen (09.10.2022, 2,7%) und auch in Nordrhein-Westfalen (15.05.2022, 2,1%).

Die oft thematisierte und auch intern viel kritisierte Vielstimmigkeit in Partei

gegenzuwirken), auf Landesebene (Ausweitung des Tarifreuegesetzes oder die Abschaffung von Studiengebühren) oder aber auf der kommunalen Ebene (Entlastung und Umverteilung bei Elternbeiträgen zur Kita, kostenlose Menstruationsartikel für Mädchen und junge Frauen oder die konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen).

Nicht nur im Bundestag stellen wir LINKE. die kleinste Fraktion, auch in den Kommunalparlamenten sind wir entweder die kleinste Fraktion, haben uns zu Fraktionsgemeinschaften zusammengesetzt oder sind lediglich durch einzelne Ratsmitglieder vertreten.

So gestaltet sich insbesondere in den ehrenamtlichen Kommunalparlamenten -

nicht nur in der Platzierung und Durchsetzung linker Themen, sondern auch in der Sichtbarkeit erfolgreicher linker (Kommunal-)Politik - die politische Arbeit durchaus schwierig. Ebenso ist es auch keine Selten-

heit, dass LINKE. Anträge in den Fachausschüssen oder final in den Ratssitzungen zunächst abgelehnt werden und mit zeitlichem Abstand oder mit anderem Briefkopf dann doch ihre Zustimmung erhalten.



und der Fraktion im Deutschen Bundestag wirkt sich zudem negativ auf die öffentliche Wahrnehmung aus. So wird DIE LINKE. als eine uneinige und zutiefst zerstrittene sowie gespaltenen Partei gesehen, die mehr mit sich selbst als mit den Ängsten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger beschäftigt ist. Da mag ein Funken Wahrheit dran sein, das kann man auch nicht abstreiten, doch sind es wir LINKE. die an durchaus richtigen Stellen den Finger in die Wunde legen.

Sei es im Bundestag (angemessene Schlüssel Pflegepersonal, Schutz der Mieterinnen und Mieter oder mit entsprechenden Konzepten Missstände ent-

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



Türkei und Syrien

## Erdbeben: Linke im Kreis Unna ruft zu Spenden auf

Die Linke im Kreis Unna ruft nach den verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syriens zu Spenden für die betroffenen Menschen auf.

Tausende von Menschen haben ihr Leben verloren, viele Tausend sind ohne Unterkunft und ausreichend Verpflegung. In dieser Situation nimmt die Linke Anteil und trauert um die vielen Opfer. Wie zahlreiche Vereine und Initiativen im Kreis Unna rufen wir zu Spenden auf.

### An wen sollte man Spenden?

Zuständig für die staatliche Katastrophenhilfe in der Türkei ist die dem In-

nenministerium unterstellte Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD). Diese Behörde ist völlig überfordert, wie Berichte aus der Region belegen würden. Die Gründe hierfür seien höchstwahrscheinlich Unterfinanzierung und die Zweckentfremdung der seit 1999 erhobenen Erdbebensteuer für den Militäretat. Staatliche Korruption war und ist an der Tagesordnung. Daher steht zu befürchten, dass Spenden an staatliche Institutionen viel zu spät oder gar nicht ankommen werden. Zudem stehen die türkischen Regierungsinstitutionen in der Kritik, die Katastrophenhilfe in den kurdischen Gebieten gezielt auszusparen oder

den Bedarf bewusst nicht zu decken. Die Linke traut staatlicher Hilfe in der Türkei nicht.

Wir rufen daher dazu auf, Spenden an die Alevitische Gemeinde Deutschland, die im Kreis Unna vertreten ist und auch schon umfangreiche Hilfe leistet, zu geben.

Die alevitische Gemeinde in Bergkamen sammelt seit dem Erdbeben in großem Umfang Hilfsgüter und Geld. Aus Bergkamen sind auch mehrere Helfer in der Türkei vor Ort. Damit ist auch klar, dass die Spenden auch vollständig dahin kommen, wo sie gebraucht werden.

Eine weitere gute Adresse für Spenden

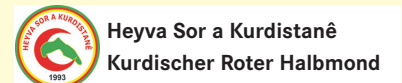
den ist der Kurdische Roter Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê), da deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt vor Ort sind und staatlich unabhängig agieren. Es dürfe nicht vergessen werden, dass das Regime in Ankara einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt. Dieser Krieg und die Bombardierung durch die Türkei geht auch im Erdbebengebiet weiter.



### Spendenkonten

Alevitische Gemeinde Deutschland  
IBAN: DE46 3806 0186 6401 4060 32  
BIC: GENODE1BRS  
Volksbank Köln Bonn  
Verwendungszweck: Spende Erdbeben  
Türkei 2023 /Name/Adresse

Heyva Sor a Kurdistanê  
IBAN: DE49 3705 0299 0004 0104 81  
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX  
Kreissparkasse Köln  
Verwendungszweck: Spende Erdbeben  
Türkei 2023 /Name/Adresse



## Armes Deutschland - Menschen in der Krise

### Aus der Sicht einer angehenden Sozialarbeiterin, Teil 1: Altersarmut in Deutschland

Altersarmut in Deutschland ist kein neues Problem. Durch den Generationenvertrag und den Rückgang der Geburten besteht bereits eine Schere.

Aber wie wird Altersarmut definiert? In dem Bereich „Rentenpolitik“ des Onlineauftritts der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) finden sich dazu zwei Definitionen: 1. Die Politik setzt einen Betrag „zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums eines Haushalts“ fest (soziokulturell bedeutet eben nicht nur Bestreitung des Lebensunterhalts, also nur Wohn- und Lebensmittelkosten!). Die Grenze ist der Satz der Grundversicherung im Alter bzw. Erwerbsminderung und beträgt 416 Euro für Alleinstehende als Eckregelsatz und bei 90 % des Eckregelsatzes pro Person, je 374 Euro bei (Ehe-)Partnern im gleichen Haushalt. (Stand 2018), zuzüglich der Wohnkosten. 2. Aus den Daten der Einkommensverteilung wird eine Einkommenshöhe als Armutsgrenze festgelegt (Quelle: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/288842/altersarmut/>).

Weiterhin sind in dem Bereich „Rentenpolitik“ der BpB die Ergebnisse des Mikrozensus 2019 abgebildet. Dem-

nach sind in Westdeutschland 13,7 % der männlichen über 65-jährigen und 18,2 % der Frauen über 65 Jahren armutsge-

fährdet, in Ostdeutschland sind es 14,4 % der Frauen und 13 % der Männer über 65, wobei der Anteil der armutsgefährdeten



**Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.**

BERTOLT BRECHT

Frauen über 65 über der Quote der Frauen in Westdeutschland insgesamt liegt, in Ostdeutschland liegt er darunter (Quelle: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/158603/altersarmut/>).

Verheiratete Frauen sind dabei auf Unterhaltungsleistungen ihrer Männer angewiesen, da die Renten von Frauen in dem Modell, in dem der Mann der „Haupternährer“ ist, bei der Nachkriegsgeneration und der „Adenauerära“ weitaus niedriger sind. Nach der Professorin für empirische Kulturwissenschaft Irene Götzt, die dazu mit ihrem Team eine jahrelange Studie durchgeführt hat, gelten fast zwei Drittel der Frauen, die nur von ihrer eigenen Rente leben, als armutsgefährdet. Dazu führen viele Gründe. Frauen, die ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung aufgegeben haben oder nur in Teilzeit ausgeübt haben und nach einer Scheidung oder als Alleinerziehende armutsgefährdet sind, aber auch gesundheitliche Gründe, Gewalt- und Suchterfahrung. Auch Eigentum schützt gerade in der heutigen Zeit nicht vor Armut, wenn die Nebenkosten nicht mehr finanziert werden können (Quelle: <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/neugier-genuegt/redezeit-irene-goetz-100.html>).



# Armutsbekämpfung in Schwerte

Von Peter Weyers

Nachdem die Bemühungen der Stadt Schwerte, eine Projektgruppe der evangelischen Hochschule in Bochum im Rahmen eines Forschungsauftrages als Unterstützer für die Erstellung eines Armuts- und Sozialberichtes zu gewinnen, leider nicht von Erfolg gekrönt waren, ist es aktuell unklar, wie es mit diesem Projekt weitergehen kann.

Eventuell kann eine Schlange die Erlösung bringen, allerdings ein wenig anders als damals im Paradies. Die Schlange, die ich meine, hat den Spitznamen KoBrA, was für „Kooperative Bekämpfung regionaler Armut“ steht.

KoBrA hat sich von Mitte 2020 an 2,5 Jahre lang im Rahmen eines Pilotprojektes durch die Städte Lünen, Kamen und Unna geschlängelt und ist dabei sehr eng vom Sozialdezernat des Kreises Unna begleitet worden.

Das Kooperationsprojekt in Trägerschaft der Werkstatt im Kreis Unna zu-



sammen mit den Projektpartnern Umwelt-Werkstatt Lünen/Selm, IN VIA e.V. Unna und AWO Ruhr-Lippe-Ems sowie mit den Kernpartnern Stadt Kamen, Stadt Lünen, Stadt Unna und dem Jobcenter im Kreis Unna hat an den drei Standorten im Kreis armutsbetroffene und -bedrohte Familien dabei unterstützt, aktiv Wege zu finden, ihre Lebenssituation und ihre

Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe im besten Fall durch Aufnahme oder Ausweitung einer Beschäftigung zu verbessern.

Unterstützt wurde das Projekt KoBrA während des gesamten Zeitraumes von der

G.I.B. NRW, der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung. Diese landeseigene Gesellschaft beschäftigt sich u. a. mit Armutsbekämpfung und Sozialraumplanung.

Außerdem würde die G.I.B. NRW Kommunen kostenlos bei der Erstellung eines Armuts- und Sozialberichtes unterstützen. Voraussetzung dafür ist ein entsprechender Ratsbeschluss und eine Beauftragung durch die Verwaltung.

Auf der Webseite der G.I.B. NRW befinden sich ein Leitfaden zur Erstellung eines kommunalen Armuts- und Sozialberichts und eine Reihe von Arbeitspapieren zur Sozialraumplanung.

Holger Schelte, Prokurist der Werkstatt im Kreis Unna und Projektleiter für KoBrA hat uns in einem Interview folgende Fragen zu KoBrA beantwortet:

**LinksRutsch:**

„Was ist das Besondere an KoBrA?“

**Holger Schelte:**

„KoBrA wartet nicht darauf, dass von Armut betroffene Menschen sich selbst über Hilfsangebote informieren und mit einem ausgefüllten Antrag beim Jobcenter oder beim Sozialamt aufschlagen, sondern versucht, hilfsbedürftige Menschen selbst ausfindig zu machen und über mögliche Hilfen zu informieren. Das geschieht durch Infostände und Verteilung von Infomaterial an Orten wie Kitas, Schulen oder Marktplätzen und Supermärkten, an Orten also, die nicht extra aufgesucht werden müssen.“

„KoBrA beteiligt Hilfsbedürftige aktiv an der Planung und Gestaltung ihrer Lebenssituation. Menschen sollen selbst

entscheiden, welcher Weg aus der Armut für sie der Richtige ist: Aus Betroffenen sollen Beteiligte werden.“

„KoBrA installiert niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebote für Menschen, die von Armut und Armutsfolgen bedroht oder betroffen sind, direkt im betroffenen Sozialraum durch Schaffung einer Anlaufstelle, an dem Experten vom Jobcenter, vom Sozialamt und vom Jugendamt gleichzeitig anwesend sind, um sich der Probleme von Hilfesuchenden anzunehmen. Diese müssen ihr Anliegen nur ein einziges Mal vortragen und werden nicht, wie sonst häufig, von einer Stelle an die andere verwiesen.“

„Mitarbeiter von Jobcenter, Sozial- und Jugendamt erarbeiten dann zusammen mit den Menschen individuelle Konzepte zur Verbesserung der persönlichen oder familiären Lebenssituation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“

**LinksRutsch:**

„Wie wurde KoBrA finanziert?“

**Holger Schelte:**

Finanziert wurde das Pilotprojekt zu 40 % durch den europäischen Sozialfond, durch das Programm „AKTIF“ des Bundesministeriums für Arbeit wurde aufgestockt auf 90 % der Gesamtkosten, die sich auf 1,2 Millionen Euro beliefen. 10 %, also 120.000 Euro mussten von den teilnehmenden Kommunen und den übrigen Projektträgern finanziert werden. Dabei haben auch Spendengelder geholfen.

**LinksRutsch:**

„Im Dezember 2022 hat die Abschlussveranstaltung für das Pilotprojekt stattgefunden. Können nach dem Piloten weitere Städte im Kreis Unna an KoBrA partizipieren?“

**Holger Schelte:**

„Ja, in Kürze soll ein neuer Projektauftrag erfolgen. KoBrA soll auf weitere Städte im Kreis Unna ausgerollt werden, da-



**KoBrA**  
Kooperative Bearbeitung  
regionaler Armut  
im Kreis Unna

mit eine kreisweite Umsetzung dieses kooperativen Ansatzes von Armutsbekämpfung erreicht werden kann. Wir würden uns über die Meldung von Städten im Kreis Unna, die teilnehmen möchten, sehr freuen.“

Wir finden, dass dieser Ansatz es wert ist, darauf untersucht zu werden, ob eine Umsetzung für Schwerte Sinn machen könnte. Damit meinen wir ausdrücklich nicht nur das Projekt KoBrA, sondern auch eine Zusammenarbeit mit der G.I.B. NRW.

## Ein erster Schritt ist getan:

Am 28.02.2023 wird Herr Schelte die überparteiliche Arbeitsgruppe, die sich bisher mit dem Thema Armuts- und Sozialbericht beschäftigt hat, über das Projekt KoBrA informieren.

Da dieser Termin nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe liegt, werden wir im nächsten LinksRutsch darüber berichten.

## Endlich! Menstruationsartikel an den weiterführenden Schulen

Von Petra Weber

Nachdem zunächst die Peter-Weiß-Gesamtschule in Unna Menstruationsartikel in den Mädchentoiletten bereitgestellt hat und ein ordentlicher Umgang (keine Verstopfung der Toiletten) festgestellt wurde, haben sich die anderen weiterführenden Schulen in Unna dazu entschlossen, dem Beispiel zu folgen.

Die Menstruation stellt Mädchen und Frauen vor Herausforderungen, die manchmal nicht so einfach zu bewältigen sind. Sie kommt nicht immer regelmäßig, manchmal überraschend oder dauert länger als vermutet. Gerade Mädchen, die ihre erste Menstruation bekommen, sind nicht immer optimal darauf vorbereitet.

Deswegen ist es gut, dass wir LINKE mit unserem Antrag, entsprechende Artikel auf den Mädchentoiletten bereitzustellen, Erfolg hatten.

Das kann aber nur ein erster Schritt sein, denn mit dem Schulabschluss hören ja die Blutungen nicht auf.

Auf in den Damentoiletten in Behörden und Unternehmen müssen Menstruationsartikel genauso selbstverständlich zur Verfügung stehen wie Toilettenpapier. Für uns als LINKE ist das auch eine Frage der Solidarität.



Armuts- und Sozialbericht in Schwerte!

Bekämpfung der Armut auch vor Ort!

**DIE LINKE.**



# Bürgergeld ist Hartz V ist Armut per Gesetz!

Janine Wissler  
(Parteivorsitzende DER LINKEN)

Zu der Einigung der Ampel und der Union in der Diskussion um das geplante Bürgergeld erklärt die Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, Janine Wissler:

Die Ampel hat groß angekündigt, dass Hartz IV überwunden wird, davon kann keine Rede mehr sein. Die Reform fällt aus. Außer einer dringend überfälligen und viel zu niedrigen Erhöhung des Regelsatzes um 53 Euro bleibt im Wesentlichen alles beim Alten.

Schon der Gesetzentwurf der Ampel war mehr als dürrig. Die Sanktionen sollten teilweise verschoben werden und die Regelsatzerhöhung ist viel zu niedrig. Für die Menschen, die bereits im Hartz IV Bezugs sind, deren Schonvermögen längst aufgelöst ist und die schon umziehen mussten, hätte sich ohnehin nichts geändert. Die mickrigen Verbesserungen bei Schonvermögen, Sanktionen und Zwangsumzügen haben den Vermittlungsausschuss nicht überlebt. Verantwortlich dafür ist nicht nur die Union, flankiert wurde sie öffent-



lich von der FDP.

Ein Wettbewerb der Schübigkeit auf Kosten der Betroffenen und ein unwürdiges Schmierentheater, bei dem die Union versuchte, Niedriglöhner gegen Sozialleistungsbezieher auszuspielen. Als ob Menschen, die wenig verdienen, irgendwas davon hätten, wenn die Alleinerziehende sanktioniert wird, weil sie einen Termin verpasst hat oder Zwangsumziehen muss.

Wer das Leben der Beschäftigten im Niedriglohnbereich verbessern will, muss sich für wirksame Tarifreuegesetze einsetzen, die sachgrundlose Befristung abschaffen und den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen. Dies sind alles Maßnahmen, die die Union über Jahre hin weg abgelehnt hat.

Die Diskussion um die Sanktionen, die den Missbrauch verhindern sollen, ist entkoppelt von jeglicher Realität. Jede dritte Sanktion betrifft Haushalte mit Minderjährigen. Eine Sanktion stellt das vorhandene Haushaltsbudget komplett auf den Kopf. Das bedeutet fehlende warme Mahlzeiten und ständige Sorgen. Dass nicht mal Sanktionen für Haushalte, in denen Kinder leben, abgeschafft werden, ist ein Armutszeugnis.

Abgeschrieben

## Bürgergeld-Mehrbedarf

Artikel von der Webseite  
[www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de)

Wer Bürgergeld bezieht, erhält pauschale Leistungen. Diese gelten für alle Leistungsbeziehenden, je nach Altersgruppe, gleichermaßen. Für besondere Lebensumstände gibt es Sonder- bzw. Mehrbedarfe. Diese müssen allerdings gesondert beim Jobcenter beantragt werden.

Mehrbedarfe sind zusätzliche Zahlungen des Jobcenters, die Grundsicherungsbezieher dann zustehen, wenn für die Lebensumstände der normale Regelsatz nicht ausreicht.

In folgenden Umständen werden Mehrbedarfe bewilligt:

- bei Schwangerschaft
- bei Behinderung
- für Alleinerziehende
- für krankheitsbedingte kostenintensive Ernährung
- für dezentrale Warmwasserzeugung
- bei Härtefällen

### Sonderbedarfe beim Bürgergeld

Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 entschieden, dass das Jobcenter auch unabwiesbare, laufende, nicht nur einmalige besondere Bedarfe, die in atypischen Lebenslagen anfallen, decken muss. In diesen Situationen können Sie

Sonderbedarfe beantragen.

Als Menschen in atypischen Lebenslagen gelten beispielsweise als Rollstuhlfahrer, der eine Putzhilfe braucht oder als Neurodermitis-Kranke, die teure Hautpflegeprodukte benötigt, die aber nicht verschreibungspflichtig sind.



Für die Mehrbedarfe beim Bürgergeld gelten die gleichen Fristen wie für die normalen Anträge. Das heißt, für den Monat in dem sie beantragt werden, werden sie auch bezahlt. Wenn du also am letzten Tag des Monats noch deinen Antrag abgibst, erhältst du den Mehrbedarf für den kompletten Monat.

Eine rückwirkende Beantragung für die Vormonate ist hingegen nicht möglich. Deshalb ist es wichtig, so schnell es geht, den Antrag zu stellen, sofern ein Mehrbedarfsanspruch besteht.

## Rentnerinnen und Rentner vor Altersarmut schützen

Matthias W. Birkwald MdB

„Die erstmals vom Statistischen Bundesamt präsentierten Zahlen zu den Nettoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner sind erschreckend. Mehr als ein Viertel aller Altersrentnerinnen und -rentner – das sind rund fünf Millionen Menschen – muss in Deutschland von weniger als 1.000 Euro netto im Monat leben und das, obwohl immer mehr Ältere bis ins hohe Alter arbeiten, um ihre Rente aufzubessern“, erklärt Matthias W. Birkwald, renten- und alterssicherungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Anhebung des Rentenniveaus

Birkwald weiter: „Wir brauchen jetzt einen echten Schutzschirm für Rentnerinnen und Rentner. Der einzige Weg dahin führt über eine schrittweise Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente, die Armutseinkommen im Alter auf aktuell mindestens 1.200 Euro netto anhebe. Das entspräche einer außerordentlichen Rentenerhöhung von zehn Prozent und ist innerhalb einer Legislaturperiode machbar.“

Diese fünf Millionen Menschen wer-

den die explodierenden Heizkosten nicht ohne riesige Entbehrungen und große Wohlstandsverluste stemmen können. Ihr Erspartes wird aufgebraucht werden müssen, ihnen drohen Verschuldung und Sozialhilfe. Die Maßnahmen der Ampel-Koalition und ihrer Vorgängerinnen gegen Altersarmut sind angesichts dieser dramatischen Entwicklung nur als komplett zahnlos zu bezeichnen: Das Einfrieren des Rentenniveaus auf 48 Prozent, das nahezu wirkungslose Bürokratiemonster der sogenannten ‚Grundrente‘, der beschämend niedrige Regelbedarf in der ‚Grundsicherung im Alter‘ und die zu späte Einmalzahlung von 300 Euro schmelzen angesichts der galoppierenden Inflation wie Butter in der Sonne.

Es ist bezeichnend, dass der Bundesregierung dazu nichts anderes einfällt, als jetzt den Hinzuverdienst bei vorgezogenen Altersrenten völlig freizugeben. Statt armutsfeste Renten zu sichern, sagen SPD, GRÜNE und FDP den Menschen unter dem Deckmantel der Fachkräftesicherung: Wir geben Euch eine mickrige Rente mit hohen Abschlägen, aber Ihr könnt ja weiter arbeiten gehen. Das ist zynisch, denn schon heute muss bei jeder vierten vorgezogenen Altersrente ein monat-

licher Abschlag von durchschnittlich 110 Euro in Kauf genommen werden – und das

ein Leben lang. Das Versprechen der gesetzlichen Rente, im Alter den erreichten Lebensstandard einigermaßen abzusichern und vor Altersarmut zu schützen, muss endlich wiederhergestellt und auch gehalten werden.

Was in Österreich möglich ist, muss auch bei uns möglich sein.“

**Gerecht:  
Rente hoch,  
Rentenalter  
runter.**

**Jetzt!**

**DIE LINKE.**



Edyta Pawlowska/photobase.de



**Liebe Schwerter Bürgerinnen und Bürger,**

das letzte Jahr hat uns mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und anderen Flüchtlingsbewegungen auch in Schwerte vor neue, große Herausforderungen gestellt, weil mittlerweile so viele Geflüchtete in Schwerte zugewiesen worden sind, dass sie schon in Turnhallen untergebracht werden müssen.

Deshalb suchen wir vom AK Asyl aktuell dringend neue Patinnen und Paten, die sich im persönlichen Kontakt um geflüchtete Menschen hier bei uns in Schwerte kümmern und Ihnen so die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern:

- durch menschliche Zuwendung,
- Hilfe im Kontakt mit Behörden,
- Unterstützung beim Postverkehr,
- bei Arztbesuchen ...

Das kann als Aufgabe anspruchsvoll sein, ist aber auch die Quelle für enge Beziehungen und gegenseitige Wertschätzung. Es bedeutet nicht, dass man in allen Bereichen rund um eine Neuankunft in Deutschland Experte sein muss. Hier gibt es viele Anlaufstellen und persönli-

che Unterstützung für unsere Patinnen und Paten.

Es kann auch sehr hilfreich sein, sich vorzustellen, wie es uns ginge, als Neuankömmlinge in einem fremden Land: Wie dankbar wären wir für einen Einheimischen, der uns seine/ihre Alltagskompetenzen zur Verfügung stellt?

Genau darum geht es: Jeder kann seine ureigenen Kompetenzen und die Zeit, die er einsetzen kann, einbringen und erleichtert damit geflüchteten Menschen das Ankommen in Deutschland. Dazu gibt es kein Erwartungsprofil, was man als Patin oder Pate in jedem Fall erfüllen muss.

Der Bedarf an Patinnen und Paten für neu ankommende Menschen ist derzeit hoch, deshalb würden wir uns freuen, wenn sich einige von Euch / Ihnen diese Aufgabe zutrauen würden.

Wenn das so sein sollte, bitte direkt melden bei:

Alfons Gruner AK Asyl Schwerte 0176 47561907 <a href="mailto:alfons_gruner@t-online.de">alfons_gruner@t-online.de</a> <a href="mailto:gruner@diakonie-schwerte.de">gruner@diakonie-schwerte.de</a>	Delia Hartmann AK Asyl Schwerte 01590 4355072 <a href="mailto:ak-asyl@skf-schwerte.de">ak-asyl@skf-schwerte.de</a> <a href="mailto:ak-asyl@skf-schwerte.de">ak-asyl@skf-schwerte.de</a>
--	---

# Löhne hoch in Kitas, Pflege, Müllabfuhr!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kämpfen für bessere Löhne. Erzieher\*innen, Pflegekräfte und Beschäftigte in der Müllabfuhr, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Wasserwerken und in der Jugendhilfe: Ohne sie läuft nichts in unserer Gesellschaft. Sie fordern einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro. Damit die Kosten von Krieg und Krise nicht auf ihrem Rücken landen, während die Reichsten in der Krise noch reicher werden.

**DIE LINKE sagt:  
Zu Recht, ihr seid es wert!**

Die Bundesregierung und die Kommunen sagen, das Geld sei knapp. Aber Geld ist genug da. Das Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr war da. Das Geld, um die Unternehmen in der Corona- und Energiekrise zu schützen, war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche weiter senken. Aber wenn es um die Beschäftigten geht, die dafür sorgen, dass der Alltag funktioniert? Dann ist kein Geld da. Gute Löhne für die Beschäftigten sind jedoch bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar, wenn die Bundesregierung es will.

Die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionär\*innen. Doppelt so viele wie

2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Dann könnten endlich auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen angemessen unterstützt werden.

DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt:

Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.

- Die Vermögensteuer auf Millionenvermögen wieder erheben. Die ist im Grundgesetz vorgesehen.
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.



# Buchtipps

Von Peter Weyers

Das Buch „Unsere Welt neu denken. Eine Einladung“ von Maja Göpel ist kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie erschienen. Die Botschaft lautet:

Im Grunde dreht sich alles nur darum, dass Firmen immer mehr Gewinn anstreben und Haushalte immer mehr kaufen wollen, also die Volkswirtschaften von Staaten immer mehr wachsen. Geld ist in dieser Sichtweise der einzige Wert.

Sie zeigt, dass sich die Wirtschaft von gesellschaftlichen Grundwerten entfremdet hat und die Schäden an der Natur, die durch unsere Art zu wirtschaften, verursacht werden, nicht eingepreist sind.

Im Gegenteil: Durch große Ökostatistiken leiden die Meere, aber die Konzerne verdienen daran.

Ihr Argument: Die Natur bietet dem Menschen jährlich Dienstleistungen im Wert von rund 135 Billionen US-Dollar an – das 1,5-Fache der globalen Wirtschaftsleistung. „Rechnen wir den Zuwachs an BIP und die Zerstörung der Ökosysteme gegeneinander, ist die Summe negativ.“

Das bedeutet, dass wir unseren Dispositionskredit bei der Natur schon lange ausgeschöpft haben!

In Deutschland lag der Overshoot Day, der Tag, an dem ein Land die ihm nachhaltig zur Verfügung stehenden Ressourcen verbraucht hat, vor Corona bereits im Mai.

Maja Göpel: „Umweltfragen sind immer Verteilungsfragen, und Verteilungsfragen sind immer Gerechtigkeitsfragen.“ Implizite Gerechtigkeitstheoreme wie die Trickle-down-Theorie oder die „Rising tide lifts all boats“-Metapher haben sich als



falsch erwiesen.

Maja Göpel fordert die Staaten auf, ihrer Gemeinwohnverantwortung nachzukommen, weil die Marktgesetze der Ökonomik uns immer weiter in Richtung des „Kippunktes“ führen.

Die Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels auf den einzelnen Bürger abzuschieben, bezeichnet sie als „Privatisierung des Umweltschutzes“ oder „halbierten Liberalismus“. Das führt nur dazu, dass Konzerne mit „Greenwashing“ das Gewissen der Verbraucher beruhigen.

Ullstein Taschenbuch  
208 Seiten  
ISBN: 9783550200793



## Was geschah in der Bittermark am Karfreitag 1945?

Von Rainer Böcker, Lünen

In diesem Frühjahr mehren sich wieder die Termine: Auschwitzgedenktag (27.1.), Rote Ruhrarmee (20.3.) und das Gedenken in der Bittermark in Dortmund (7.4.). Die VVN/BDA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und alle antifaschistisch gesinnten Menschen und Organisationen rufen dazu auf, gegen die AFD, die NPD und die anderen Neonazis zu demonstrieren.

Aus dem östlichen Ruhrrevier, auch aus Lünen, waren viele Opfer zu beklagen. Die KPD-Mitglieder Johann Berg, Jacob Bink, Stadtrat August Dombrowski, Benhardt Höltmann, Johann König und Josef Kriska wurden im Februar 1945 verhaftet, zur Polizeiwache Holtgevenstraße gebracht und dann nach Dortmund-Hörde zur Gestapowache überstellt.

Am Karfreitag 1945 wurden sie mit ca. 300 Gefangenen im Rombergpark ermordet. Die anderen Opfer waren Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Belgien und Jugoslawien.

Auch im westlichen Ruhrrevier und im Rheinland gab es Mordaktionen der Gestapo aus Rache an den Opfern, z. B. in der Wenzelnbergschlucht in Solingen-Landwehr mit ca. 70 Toten und im Arnsberger Wald mit ca. 200 Toten.

Unterstützer und Helfer hatten die Nazis im Ruhrgebiet. Großkapitalisten wie Fritz Thyssen, Krupp von Bohlen und Halbach, „Bergbaubaron“ Emil Kirddorf, Springorum und Vögeler aus Dortmund oder der Naziführer Meinberg aus Kamen, Tengelmann (Direktor der Zeche Monopol) unterstützten die NSDAP während ihres Aufstiegs und profitierten von

der Naziherrschaft.

Nach dem Krieg wurden die alten Nazis schnell aus der Haft entlassen. Sie bekamen oft schöne neue oder gar die alten Pöstchen, ihr Vermögen und ihren Einfluss zurück.

Die Opfer der Nazis wurden oftmals wieder verfolgt durch Adenauer, Erhard und Konsorten. Die FDJ (Freie Deutsche Jugend) wurde 1951, die KPD 1956 verboten. Viele Mitglieder kamen vor Gericht und ins Gefängnis, während Nazi-Witwen (wie die Witwe von Blutrichter Freisler) hohe Renten kassierten.



Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

von Oliver Schröder

Anders als in den vergangenen Jahren hat der Ortsverband Kamen-Bergkamen in diesem Jahr zu keiner gesonderten Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus geladen. An der Veranstaltung der Stadt Bergkamen am ehemaligen KZ Schönhausen nahmen für die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Bergkamen, der Vorsitzende Oliver Schröder und für die Fraktion DIE LINKE-UWG Fraktion im Kreistag Unna, die Vorsitzende Katja Wohlgemuth teil. Dabei ist es Katja Wohlgemuth seit über 40 Jahren ein Anliegen, Nelken am Oberlinhaus niederzulegen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“



Johann Berg

Jacob Bink

August Dombrowski

Bernhard Höltmann

Johann König

Josef Kriska

## Sozialistische Linke – realistisch & radikal

Eine Strömung, die realistisch & radikal ist? Klingt nach einem Widerspruch, ist es aber nicht. Wir wollen die Gesellschaft grundlegend – also ausgehend von ihren Wurzeln (lat. radix, daher radikal) – verändern, die Verhältnisse in Frage stellen und auf Alternativen hinarbeiten, die strukturell soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten. Es reicht aber nicht aus nur aufzuklären, wie schlecht der Kapitalismus ist, und soziale Verbesserungen auf ein sozialistisches Jenseits zu verschieben.

Viele Menschen sind zwar unzufrieden, glauben aber nicht daran, dass sie etwas verändern können und fühlen sich ohnmächtig. Wir wollen daher auch kleine Verbesserungen der Lebensbedingungen durch Reformen im Hier und Jetzt durchsetzen. Im Kampf um die kleinen Verbesserungen in der Politik oder am Arbeitsplatz erkennen die Menschen, dass sich durch ihr eigenes Handeln etwas verändern lässt. Es sind diese kleinen Schritte, die sie ermächtigen, künftig größere Schritte zu gehen. Für uns sind daher Reformen nicht nur Selbstzweck, sondern auch Mittel zur Selbstermächtigung der Lohnabhängigen und zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen im Klassenkampf. Wir lehnen daher fundamental-oppositionelle Auffassungen genauso ab wie umstandslos regierungswillige.

Ob Regierungsbeteiligung oder Opposition richtig ist, ist nicht pauschal, son-

dern von Fall zu Fall und auf Basis von Diskussionen mit den betroffenen Men-

sozialistische Linke  
Die gewerkschaftlich orientierte Strömung

schen zu entscheiden. Wir legen Wert darauf, dass bereits im Kapitalismus für eine alternative Wirtschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen gestritten wird, um die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen wie auch die Kampfbedingungen für die Gewerkschaften zu verbessern. Diese Wirtschaftspolitik muss die inländische Nachfrage stärken und für ein sozial und ökologisch gesteuertes, qualitatives Wachstum sorgen: mit dem Ziel, neue sozialversicherte und tariflich bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir verbinden daher die Erkenntnisse von Marx und von Keynes, statt sie gegeneinander zu stellen. Zusammengefasst: Die Sozialistische Linke hat einen klaren Klassenkompass. Und wir treten konsequent für Friedenspolitik ein. Auf dieser Basis und in gemeinsamer, solidarischer Auseinandersetzung mit den anderen Strömungen und Akteuren in der

Partei wollen wir unseren Beitrag für eine vielfältige und lebendige Linke leisten.

Wer mehr über uns erfahren will, sollte mal einen Blick auf unsere Website [www.slnrw.de](http://www.slnrw.de) werfen.

### Strömungen in der Partei DIE LINKE

In der LINKEN können sich die Mitglieder zu innerparteilichen Zusammenschlüssen organisieren. Diese Zusammenschlüsse bestimmen selbstständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitgliedern, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei leisten. Sie sind entsprechend ihren Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen einzubeziehen.

Wir haben die Strömungen Sozialistische Linke, Antikapitalistische Linke und Bewegungslinke gebeten, ihre politischen Grundsätze und Ziele darzustellen.

In dieser Ausgabe stellt sich die Sozialistische Linke NRW vor.



## Neue politische Perspektive für Lünen und Brambauer

Von Stefan Nikodem

Resignation, Streit, Verbitterung.

Das waren die Stichworte, mit denen Die Linke von den bürgerlichen Medien und Parteien in den vergangenen Monaten und Jahren, teilweise nicht zu Unrecht, bedacht worden sind.

### Diese Zeit ist vorbei.

Genossinnen und Genossen aller Lager haben sich in den letzten Wochen und Monaten auf ihr gemeinsames Ziel besonnen.

Der Kampf gegen Kapital, Krieg, Inflation, Armut, Imperialismus und Faschismus eint jede Genossin und jeden Genossen.

Dieser Einigkeit jüngstes Kind fand gegenwärtig seine Manifestation in der Gründung des Ortsvereins Lünen-Brambauer. Inmitten der Stürme unserer Gegenwart baut eine, nunmehr gar wachsende, Anzahl standhafter Genossen einen neuen Ortsverband auf. Das ist eines jener Zeichen der Zeit, die nicht fehlgedeutet werden können.

Für Lünen/Brambauer hat ein neues Kapitel im politischen Kampf begonnen.

Wir setzen uns als Ortsverein aktiv für jeden Menschen und seine Belange ein, wir sind wachsam und unnachgiebig.

Doch wir benötigen neue, an aktiver Politik Interessierte Genossinnen und Genossen.

Interesse? Kontaktiere uns!

[ov-luenen@dielinke-kreis-unna.de](mailto:ov-luenen@dielinke-kreis-unna.de)



# Neue Sprecher in Schwerte

Von Peter Weyers, Schwerte

Gemeinsam mit Gabi Dröst bin ich am 17.12.2022 zum Sprecher des Stadtverbandes der Partei „Die Linke“ in Schwerte gewählt worden.



Das möchte ich zum Anlass nehmen, mich einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Ich bin 62 Jahre alt, habe 4 Kinder, bin verheiratet und lebe seit fast 14

Jahren in Westhofen. Seit 5 Jahren gehört Fieta zur Familie, ein Bernedoodle.

Von Beruf bin ich SAP HCM Berater und arbeite sehr gerne in der Personalabteilung des Traditionsunternehmens ZWILLING in Solingen.

In meiner Freizeit gehe ich sehr gerne zum Boulen auf die Amtswiese. Ehrenamtlich bin ich seit einiger Zeit für den AK Asyl tätig und kümmere mich zusammen mit vielen anderen Helfern um die Geflüchteten in der Turnhalle in der Wasserstraße.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei ist „Die Linke“ meine politische Heimat, weil sich sonst keine andere Partei im notwendigen Maß für soziale Gerechtigkeit einsetzt und gegen Krieg und Aufrüstung stark macht.

Das sind die Themen, für die ich brenne. Ich möchte nicht hinnehmen, dass es in unserer Gesellschaft zunehmend ungleicher zugeht, dass immer mehr Menschen von Armut und Armutsfolgen bedroht sind und dass die Armen gegen noch Ärmere ausgespielt werden.

**Wenn der Reichtum einer Volkswirtschaft immer weiter steigt, gleichzeitig aber immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, stimmt etwas nicht.**

Um Armut und Armutsfolgen in Schwerte zu bekämpfen, habe ich mich zusammen mit meiner Partei dafür stark gemacht, dass die Stadt Schwerte einen Armuts- und Sozialbericht erstellt, der dann regelmäßig fortgeschrieben wird, mit dem Ziel, Armut besser zu identifizieren und Armutsfolgen abzumildern. Unser Antrag ist im Sozialausschuss befürwortet worden und nun beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit der Umsetzung. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass Maßnahmen, die aus so einem Armuts- und Sozialbericht abgeleitet werden können, zu verbesserten Teilhabemöglichkeiten für von Armut betroffenen Menschen geführt haben. Das muss auch für Schwerte das Ziel sein.

Ein Grund, nicht mehr nur passives Parteimitglied zu sein, sondern mich aktiv zu beteiligen, war 2015 die Tatsache, dass Rassismus wieder salonfähig wurde und Nazis in die Parlamente einzogen.

Wie sehr sich rechtes Gedankengut seinen Weg gebahnt hat, konnte man unlängst sehen, als die Razzia gegen die Reichsbürgerszene stattgefunden hat.

Bundestagsabgeordnete der AFD, Angehörige der Bundeswehr und der Polizei waren unter den Verdächtigen, also Angehörige von Institutionen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigen sollten. Stattdessen sind sie Feinde!

In Teilen der öffentlichen Berichterstattung wurde die Meinung vertreten, dass von den „alten verwirrten Männern“ keine Gefahr ausginge, obwohl jede Menge Waffen und haufenweise Munition gefunden wurden.

Bei der Razzia gegen die „Letzte Generation“ wurden keine Waffen gefunden, nur Klebstoff und Plakate. Aber Viele vertreten die Meinung, dass von der „Letzten Generation“ eine größere Gefahr ausgeht, als von den Reichsbürgern. Ich verrete diese Meinung nicht.

## „Klimaterroristen“ ist das Unwort des Jahres.

Ich bin der Meinung, dass die Aktivisten der „Letzten Generation“ diese Bezeichnung nicht verdient haben. Würdige Träger dieses „Ordens“ sind vielmehr die, welche jahrelang jedes Windkraftrad bis auf's Blut bekämpft haben. Auch viele Schwerter Kommunalpolitiker haben da einen Abdruck hinterlassen, der ihren eigenen CO<sup>2</sup>-Verbrauch übersteigt.

Der wahren Klimaterroren sind die Profiteure des fossilen Kapitalismus, die ihrem Streben nach immer noch mehr Profit die Zukunft unseres gemeinsamen Planeten opfern.

**Auch zum Ukraine-Krieg möchte ich klar Stellung beziehen.**

Wladimir Putin ist ein großes Autokratenarschloch, der uns über seine Kriegsziele von Anfang an belogen hat und die Opposition im eigenen Land unterdrückt, wegsperert und vergiften lässt.

Russland ist unter seiner Führung kein kommunistisches, sozialistisches Land, sondern eine turbokapitalistische Autokratie.

Der Einmarsch in die Ukraine war unbestritten völkerrechtswidrig und muss deutlich verurteilt werden.

Schon vorher bestand ein bewaffneter Konflikt in der Ostukraine. Im Osten tobte seit 2014 eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung mit einer unübersichtlichen Gemengelage zwischen ukrainischer Armee, russischen Söld-

nern und Separatisten, in dem 14.000 Menschen den Tod fanden.

Zwei Waffenstillstandsabkommen (Minsk 1 und Minsk 2) scheiterten. Laut Angela Merkel sollten sie überhaupt nicht umgesetzt werden, sondern dienten nur der Aufrüstung der Ukraine.

Nach meiner Meinung tobt hier ein Stellvertreterkrieg um geopolitische und wirtschaftspolitische Interessen, in dem die Ukrainische Bevölkerung das Bauernopfer ist.

Experten streiten sich, ob Deutschland durch die Lieferung von Panzern und schweren Waffen und die Ausbildung von ukrainischen Soldaten Kriegspartei geworden ist. Ich finde, dass mittlerweile eine Eskalationsstufe erreicht wurde, in der der kleinste Funke reicht, diesen regionalen Krieg zu einem Weltkrieg werden zu lassen. Ich erinnere nur an die Raketen, die für Todesopfer auf polnischem,



Die Linke Stadtverband Schwerte  
Kleppingstr. 7, 58239 Schwerte  
Tel.: 02304-9961810  
Email: dielinke-schwerte@web.de

also auf NATO-Gebiet, gesorgt haben.

Deswegen stehe ich hinter den von meiner Partei 2011 beschlossenen friedenspolitischen Grundsätzen und lehne Waffenlieferungen in jedwedem Kriegsgebiet, also auch in die Ukraine ab.

**Jede Waffe ist eine Fluchtursache.**

Sie haben hier meine persönliche Meinung gelesen und ich würde mich freuen, wenn diese in Teilen von Ihnen geteilt werden würde.

Aber auch wenn sie anderer Meinung sein sollten, freue ich mich, mit ihnen in Kontakt zu kommen.

Sie können mich per Mail erreichen unter: [dielinke-schwerte@web.de](mailto:dielinke-schwerte@web.de)

## Kundgebung für Frieden und gegen Waffenlieferungen - gegen Inflation und Energiepreissteigerung

**7. März 2023  
um 17:30 Uhr  
Unna, Marktplatz**

Musik: Lasse Willnat

Es sprechen

# Christian Leye (MdB)

## und Peter Weyers

Kreisvorstand DIE LINKE Kreis Unna